

Plenarprotokoll

138. Sitzung

Mittwoch, 25. Januar 2017

Gemeinsame Beratung

a) Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan 11534

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/4980

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4900/drucksache-18-4980.pdf>

b) Abschiebungen erleichtern und beschleunigen11534

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/5023

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5085

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5000/drucksache-18-5085.pdf>

c) Abschiebestopp nach Afghanistan aufgrund Sicherheitslage vor Ort 11534

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/5025

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5000/drucksache-18-5025.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 11537

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Studt, vielen Dank für Ihren Bericht. Er hat leider wenig zu Afghanistan, sondern viel Allgemeines enthalten. Wir führen diese Debatte auch, um endlich in der Öffentlichkeit zu erläutern, welche Schritte notwendig sind. Aber aus unserer Sicht ist das, was Sie gerade vorgetragen haben, absolut unzureichend.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, seit Monaten ist seitens der Hilfsorganisationen wie PRO ASYL, dem UNHCR, aber auch dem Flüchtlingsrat bei uns in Schleswig-Holstein dokumentiert, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan drastisch verschlechtert hat. Würde ich die Anzahl der Anschläge in Afghanistan aufzählen, wäre meine Redezeit nicht ausreichend. Deswegen zitiere ich an dieser Stelle nur Margot Käßmann, die vor einigen Jahren gesagt hat: „Nichts ist gut in Afghanistan.“ Dieser Satz trifft heute leider mehr denn je zu.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, am 13. Dezember letzten Jahres hat meine Fraktion den Berichts Antrag zur heutigen Debatte gestellt, weil die unklare Haltung unserer Landesregierung auf der einen Seite und der Wahlkampf der CDU und der FDP auf dem Rücken der Betroffenen auf der anderen Seite nicht akzeptiert werden können.

Wir haben unseren Berichts Antrag am 13. Dezember 2016 gestellt, weil wir wussten, dass am 14. Dezember 2016 die ersten Sammelabschiebungen aus Deutschland nach Afghanistan erfolgen sollten, so wie gestern auch. Dafür tragen die beteiligten Bundesländer und die Bundesregierung die Verantwortung.

Herr Studt, glauben Sie denn wirklich, dass Sie mit Interviews und darin geäußerten Unklarheiten die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge, aber auch die ihrer Betreuer beseitigen können? Nein, das ist ignorant beziehungsweise arrogant, und beides zusammen ist inhuman und hat mit Würde gar nichts zu tun.

Deshalb stellen wir heute unseren **Antrag** für einen **sofortigen Abschiebestopp** zur Abstimmung. Die Betroffenen und die Betreuer brauchen einen Abschiebestopp nicht irgendwann, nicht, wenn sich andere Bundesländer oder der Bundesinnenminister neu positioniert haben, sondern jetzt.

Sie schreiben Briefe, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Sie sagen, Sie erwägen einen temporären Abschiebestopp für drei Monate, wenn bis Ende Januar 2017 keine Unterstützung der Bundesländer erfolgt. Aber was machen Sie nach dem April 2017? Schieben Sie dann wieder ab? Wo sind die Antworten auf die Unsicherheiten der Menschen, die jetzt vermehrt zu uns kommen und um Rat fragen?

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sorgen Sie dafür, dass Ihr Außenminister in spe - Herr Gabriel hat ja angekündigt, er wolle in der letzten Zeit der Koalition reisen - erst einmal nach Afghanistan fährt. - Wobei ich sagen muss: Der Lagebericht des Auswärtigen Amtes unter Verantwortung von Steinmeier mit deutlichen Reisewarnungen, Warnungen, dieses Land auch nur zu betreten, zeigt, dass das Auswärtige Amt wahrscheinlich nicht unser Hauptproblem ist, sondern de Maizière, der als Hardliner in der Asylpolitik bekannt ist.

Liebe Kollegen, in Anbetracht der Sicherheitslage in Afghanistan ist es auch unverantwortlich, dass 289 **Jugendliche und Kinder** aus Afghanistan, davon alleine 173, die jünger als 16 Jahre sind, nach geltender Rechtsregelung ausreisepflichtig und nicht von der derzeitigen Abschiebepolitik ausgenommen sind. Werte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wenn Sie die Bedenken teilen, die Ihr Innenminister Studt hinsichtlich der Sicherheitslage in Afghanistan hat - das scheint ja so zu sein -, dann können und dürfen Sie nicht länger abwarten. Es ist doch schizophren, die dramatische Situation in Afghanistan zu beschreiben

und zu sagen: Wir warten jetzt einfach einmal ab, bis etwas passiert, und sonst ziehen wir uns drei Monate heraus, ohne eine politische Konfrontation mit der Bundesregierung einzugehen.

Ich gebe dem Kollegen Stegner recht, der gesagt hat, Humanität sollte nicht Bestandteil eines Wahlkampfes sein. Deswegen fordern wir Sie auf, unserem Antrag heute zuzustimmen.

Die jetzige Debatte zeigt - das bedauere ich zutiefst -, dass humanitäre Anträge zum Schutz von Menschen, denen eine Abschiebung in ein Kriegsgebiet droht, wobei das ganze Land ein Kriegsgebiet ist, mit einer CDU-FDP-Debatte vermischt wird, die viel mehr mit **Gefährdern, Terrorismus** und anderem zu tun hat. Sie wollen diese Debatte mit Ihren absurden Forderungen nach der Errichtung eines Abschiebeknast vermischt. Das zeigt, dass Sie nicht einmal am heutigen Tag bereit sind, Ihrem christlichen Auftrag nachzukommen.

- Es ist eben inhuman, Herr Kubicki, und leider auch wahltaktisch, dies in der heutigen Debatte zu vermischen. Die Situation in Afghanistan hat überhaupt nichts mit den Maghreb-Staaten und mit der Debatte über sicheren und unsicheren Staaten zu tun. Ich verstehe ja, dass Sie, als Sie den Antrag gestellt haben, einen Spaltplatz in die Koalition tragen wollten, weil auf Bundesratsebene nicht klar war, ob die Grünen umkippen oder nicht. Ihr Antrag, Herr Kubicki, ist nun obsolet. Die Grünen sind umgekippt; sie werden zustimmen. Das Einzige, was Sie jetzt noch machen können, ist, zu versuchen, im rechtspopulistischen Becken der AfD Wählerstimmen zu rekrutieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute über die Bedeutung der Begriffe „sicheres Land“ oder „sicheres Gebiet“ reden, so beziehe ich mich ausdrücklich auf Afghanistan und auf die Aussage des EU-Botschafters Franz-Michael Mellbin, der gegenüber dpa gesagt hat: „Hier herrscht Krieg“. Diese Ansicht wird durch die Liste der Anschläge, die allein in der „sicheren“ Hauptstadt Kabul verübt wurden, bestätigt.

Herr Innenminister, Sie haben sich auf die Berichte von UNAMA bezogen. Das begrüßen wir durchaus; denn das bedeutet, dass Sie zumindest mehr Realitätssinn haben als Herr Bundesinnenminister de Maizière. Aber dann, Herr Studt, erlassen Sie den Abschiebestopp jetzt. Wenn Sie wirklich diese Realität als Argument heranziehen, können Sie die Menschen nicht einen Tag länger in Unsicherheit lassen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, aber auch der FDP, ich erwarte mir durch diese Debatte eine Antwort auf die Frage, wie Sie Ihre heutige Haltung mit den Grundwerten oder mit der Charta der Menschenrechte vereinbaren können. Ich sage Ihnen: Damit Wahlkampf zu betreiben, ist Wahlkampf auf unterstem Niveau, und wir bedauern dies zutiefst.

Sie instrumentalisieren die Situation schutzbedürftiger Menschen, die vor Terroranschlägen, Mord und Vertreibung geflohen sind und auch heute noch fliehen.

Da frage ich mich auch, wo eigentlich die Glaubwürdigkeit der **Grünen** liegt. Ich zitiere: „Ja zu Abschiebungen nach Afghanistan“ - so äußerte sich der grüne Lokalpopulist Boris Palmer am 13. Januar 2017 auf Facebook. Für ihn ist es eine gute Nachricht, dass zehn von elf grünen Koalitionsparteien in den Landesregierungen den Vollzug von Abschiebungen nach Afghanistan bejahen.

Leider - da sind wir schon wieder bei Wahltaktik -, denn wer der Überzeugung ist, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, der sollte nicht CDU und CSU nach dem Mund reden und auch nicht der AfD, sondern sich dafür starkmachen, dass Artikel 16 a des Grundgesetzes revidiert und abgeschafft wird.

Denn das ist dieser Artikel, auf den sich das BAMF bezieht und der Grundlage für die Inhumanität der Bundespolitik und zum Teil auch der Länder ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Grundgesetz ist seit 1993 sukzessiv auch unter Rot-Grün immer weiter ausgehöhlt worden. Schluss damit! Wir müssen wieder zur ursprünglichen Fassung - das heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar - zurückkommen.

Die Grünen müssen endlich Farbe bekennen, ob sie den Worten von Winfried Kretschmann folgen, der die **Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern** erklären und somit die Grünen als zuverlässigen Koalitionspartner der CDU in den Bundestagswahlkampf führen will, oder ob Flüchtlings- und Asylpolitik weiter ein Grundprinzip zumindest ihrer Landespartei in Schleswig-Holstein bleibt.

Die Situation in den Maghreb-Staaten ist vollkommen anders als das, was wir über Afghanistan besprechen. Es geht hier um politische und religiöse Überzeugung, Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität oder der beruflichen Tätigkeit. Dort wird bedroht und verfolgt, und jeder hat hier bei uns das Recht zu einer Einzelfallprüfung, wenn er unsere Hilfe anfordert.

Ich glaube, dass es vollkommen überflüssig ist, wenn die FDP jetzt - durch die Vermischung einer wichtigen Debatte über humanitäre Abschiebepolitik und einem Stopp nach Afghanistan mit anderen Dingen hier versucht, sich als Law-and-Order-Partei zu profilieren. Das sollten Sie anderen überlassen.

Stefan Studt - das möchte ich zum Schluss zitieren - sagt in einem Gastbeitrag, dass eine gute integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen und die Wahrung der öffentlichen Sicherheit kein Gegensatz seien. Liebe Kollegen, jetzt liegt es an uns, statt voreilig Menschen in das Kriegsgebiet Afghanistan abzuschicken, diese Flüchtlinge in unserem Land zu integrieren und, Herr Studt, eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu bieten. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

1. Antrag Drucksache 18/4980 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/5023

3. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/5085

4. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/5025 11557

Top 16, 18, 20 - Abschiebungen / Afghanistan

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/49/debatten/16_18_20.html

Rückführungsstopp für Afghanen und Absage an Abschiebehaftanstalt

Der von der Landesregierung geplante dreimonatige Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge hat im Landtag zu einer emotionalen Debatte geführt – und die Opposition in Rage gebracht. Innenminister Stefan Studt (SPD) erklärte, er habe seine Länderkollegen über dieses „rechtlich mögliche Vorhaben“ informiert und sie gebeten, bis Ende Januar eine Bewertung abzugeben. Während CDU und FDP der Landesregierung „verantwortungsloses Handeln“ und eine „Isolation von Schleswig-Holstein im Bund“ vorwarfen, geht den Piraten die dreimonatige Abschieberegulation nicht weit genug: Sie fordern einen sofortigen Stopp ohne Einschränkung.

Mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit verabschiedeten SPD, Grüne und SSW schließlich ihren Antrag, der die Landesregierung bittet, sich auf Bundesebene für eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan und für einen bundesweiten Abschiebestopp einzusetzen. Zudem wird eine Wiedereröffnung der Abschiebehaftanstalt Rendsburg abgelehnt. Das hatte die FDP gefordert, dafür aber nur die Unterstützung der CDU erhalten. Keine Mehrheit fand auch ein Antrag der Piraten, der einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan vorsah.

